

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssätze.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
255800
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Vernichtung der freien Hilfskassen.

X Lange bevor die Regierung an die Zwangsversicherung der Arbeiterschaft gedacht hatte, waren schon freie Hilfskassen in voller Tätigkeit, der leidenden Menschheit zu helfen. Die Arbeiter hassen sich eben selbst. Entweder reformierten sie durch ihren Beitritt und ihre Tätigkeit alte „Hilfskassen“, brachten da neues Leben in die „Bude“, oder sie gründeten sich neue Krankenkassen, die allen Anforderungen entsprechen sollten. Zuerst für den Ort bestimmt, wurden in die Hilfskassen meistens auch nur Ortsbewohner aufgenommen. Als aber die Produktionsweise den „Wandertrieb“ der Arbeiterschaft „entfachte“, der Nomade von Arbeiter von Stadt zu Stadt ziehen musste, um sein Brot zu verdienen, mussten sich auch notgedrungen die Krankenkassen dem anpassen. Es entstanden dann nach und nach die Zentralkrankenkassen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstreckten. Fast in jeder Stadt oder einem größeren Orte wurde je nach Bedürfnis eine Filiale oder Zabstelle einer Kasse errichtet und es so ermöglicht, die ganze Kollegenschaft einer bestimmten Branche, sei es Schneider oder Schlosser, für diese Kassen zu interessieren. Was unsere vielgerühmte Zwangsversicherung bis heute noch nicht für durchführbar hält, halten sich einfache Arbeiter selbst geschaffen und müsterhaft geleitet. Das eine Zentralisation des Krankenkassenwesens möglich und durchführbar ist, haben uns doch die Zentralkrankenkassen der Arbeiterschaft gezeigt, die es ihren Mitgliedern ermöglichen, auch bei dem Wechsel des Wohnortes und Arbeitsverhältnisses stets Mitglied derselben Kasse zu bleiben. Daran krankt ja unsere heutige Zwangsversicherung so sehr, daß die Mitgliedschaft zu einer Zwangskasse stets mit dem Wechsel des Arbeitsverhältnisses und Wohnortes endet, der Arbeiter stets im Jahre mehrmals Mitglied verschiedener Krankenkassen werden muß, die alle verschiedene Beiträge und Leistungen haben und ihm neue Kartenzeit ausreihen. Wie ganz anders der Schlosser, der mit dem Mitgliedsbuch seiner Zentralkasse in der Tasche an jedem Orte Deutschlands seine gleich hohen Beiträge entrichten konnte, stets Mitglied der Kasse blieb, sich gleiche Rechte sichern konnte.

Die Verwaltung der Hilfskassen sind ja auch ganz in die Hände der Versicherten gelegt, so daß man nur da von einem Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter reden kann. Die Mitglieder sind deshalb auch mehr an der Verwaltung ihrer Krankenkasse interessiert, wachen über dieselbe, besuchen besser ihre Versammlungen, stellen sich freiwillig in den Dienst der Krankenkontrolle, um die Kasse vor Ausnutzung unsauberer Simulanten etc. zu schützen. Die Blütezeit der Hilfskassen liegt aber hinter uns.

Zuerst gewährten sie nur Krankengeld an ihre Mitglieder, auch Sterbegeld an die Hinterbliebenen. Die jetzt so brennende Arztsfrage existierte glücklicherweise damals noch nicht für sie, da sie es ihren Mitgliedern überließen, Arzt und Apotheker selbst zu zahlen. Wer den Arzt aber selbst zu zahlen hat, wird sich dreimal überlegen, ob er diesen Geschäftsmann konsultieren soll oder das verordnete Rezept auch wirklich zur Apotheke zu tragen. Welchen Schutz die Krankenkassen dadurch hatten, läßt sich gar nicht beschreiben. Heute ist dies anders. Die Ärzte werden viel mehr konsultiert oder suchen, je nach der Bezahlungsart, sich die Patienten selbst, die sie früher als Privatkundshaft gar nicht gerne sahen, weil gewöhnlich das Honorar nicht einzutreiben war.

Die Zwangsversicherung brachte den Krankenkassen neue Lasten: die Gewährung freier ärztlicher Hilfe und Medikamente. Damit war auch den Hilfskassen eine Last aufgepflügt, die sie auf die Dauer nicht ertragen konnten. Die Zwangskassen konnten höhere Beiträge erheben, weil ja eine Teilung der Beitragssummen gesetzlich festgelegt war: Unternehmer ein Drittel und Arbeiter zwei Drittel des Beitrags. Wollten die Hilfskassen dem nachahmen, so würden sie schnell zugrunde gehen, da die Beitragssumme doch nur mit ihrem Zweidrittelanteil am Beitrag rechnet, obwohl sie doch indirekt die ganze Last der Arbeiterversicherung zu zahlen haben. Ein gewissen Schutz bot den Hilfskassen noch der Gesundheitschein und die Altersgrenze. Chronisch Kranke konnten deshalb möglichst vom Eintritt in die Kasse abgehalten und Leute über 45 oder 50 Jahre alt, als schlechtere Risiken für die Kassen, zurückgewiesen werden. Bequemer war jedoch vielen Arbeitern die Art der Beitragszahlung bei der Zwangsversicherung. Wenn man am Lohnstag die Kassenbeiträge vom Arbeitsverdienst direkt abgezogen erhält, ohne sich um die Abführung derselben an die Kasse kümmern zu müssen, so ist doch das für die Masse „einfacher und bequemer“. Außerdem verlangte die Zwangskasse roher Verwaltungsspiel und noch Versammlungsbesuch, Krankenkontrolle etc. von ihren Mitgliedern. Wer die Wahlen der Vertreter bei den Zwangskassen heute näher beobachtet, wird zugeben, daß nur ein sehr geringer Prozentteil ihrer Mitglieder wirkliches Interesse an der Verwaltung der Kasse haben. Es ist ja in den letzten Jahren auch darin manches besser geworden, jedoch nur dem Umstand zuzuschreiben, daß viele Hilfskassen die Kosten nicht mehr allein tragen konnten, sich in Zusatzkassen umwandeln mußten. Die Mitglieder der Kassen wurden älter, die Belastung dadurch größer, der „Nachwuchs“ blieb aber aus, da junge Arbeiter seltener Gebrauch von den Hilfskassen machten. Viele Kassen blieb deshalb nichts anderes übrig, als sich in Zusatzkassen umzutun, ihre Mitglieder der Zwangsversicherung wieder preiszugeben. Neues Blut und neues Leben zog damit in die Zwangskassen ein. Eine praktische Verwaltungstätigkeit gehörte, versuchten deshalb die neu beigegetretenen Mitglieder der Hilfskassen auch die Zwangskassen möglichst zu reformieren. Damit war aber auch die „sozialistische Gefahr“ auf die Zwangskassen übertragen worden, was man von die Hochkonjunktur der Branche. Das ist aber immer die Zeit, die

seiten der Regierung sicher nicht beachtigt hatte. Seit dieser Zeit hassen die Reaktionäre speziell zwei Gruppen von Krankenkassen: die freien Hilfskassen, weil sie das Selbstverwaltungsrecht allein besitzen, die Ortskrankenkassen, weil in diesen die intelligenten Arbeiter praktisch tätig sind. Die Hoffnung der Reaktionäre, daß mit der Zeit die Zwangsversicherung und die Politik der Adelsliche die Aufsichtsbehörde alle Hilfskassen vernichten würden, hat sich nicht erfüllt. So lange es noch Gemeindeversicherungen, die Karikatur einer Krankenkasse, noch Betriebskrankenkassen der „parasitischen“ Fabrikpascha gibt, die auf gesunde und junge Arbeitskräfte sehen u. s. w., so lange werden auch noch die Hilfskassen ihre Christenzertifizierung nicht verloren haben. Heute kann wenigstens das Hilfskassenmitglied vom Eintritt in die miserable Gemeindekasse, die ja nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes — sechs bis sieben Mark pro Woche — als Krankengeld zahlt, gar kein Selbstverwaltungsrecht kenn, bestreiten lassen. Ältere oder fränkische Mitglieder einer Hilfskasse, die den Anforderungen des Gesetzes genügt, können noch eher Arbeit in einer Fabrik finden, die sich den Luxus einer Betriebskrankenkasse leistet, wenn sie beim Engagement ihr Mitgliedsbuch vorzeigen können! So lange aber auch noch die Krankenkassen nicht einmal die Hälfte des entgangenen Arbeitslohns den Erkranken zahlen, werden die Hilfskassen weiter gute Dienste leisten, als Doppelversicherung in Frage kommen. Kommt der gesunde Arbeiter kaum mit seinem harten Lohn aus, so kann doch der frische bei höheren Aussgaben nicht mit der Hälfte desselben, den niedrigen Krankengeldern, auskommen und wird deshalb als jämmerlicher Familienvater, als weiblickender Mensch, bezeichnet danach sehen, noch einer Hilfskasse beizutreten, die er als Zusatzkasse benutzt, oder sich die Mitgliedschaft bei derselben zu erhalten, obschon er der Zwangskasse beigetreten ist.

An deutlichsten kennzeichnet die Unzulänglichkeit der Krankenunterführung das „Blüten“ der — Schwundkassen, die wie Pilze aus der Erde schließen. Die Gaunder wissen ganz genau, daß Laien schon am eigenen Leibe die unzureichende Unterstützung unserer Zwangskassen verfügt haben, ja haben deshalb mit ihren geschickt abgefaßten Projekten riesiges Glück im Mitgliederfang. Diese Schwundkassen will man seitens der Regierung jetzt — „energisch zu Leibe gehen“. Damit wird wohl jeder denkende Arbeiter einverstanden sein. Front muß er aber dagegen machen, daß die Reaktion diese Gelegenheit auch wieder benutzen will, um die gut geleiteten Hilfskassen zu vernichten. Man will das ganze Hilfskassengeges einfach aufheben, angeblich aber nur, um die Gründung von Schwundkassen — zu vermeiden! Wer das glaubt? Sogar dem Leiter der Hirsch-Dunterschen Gewerbevereine, die bekanntlich überstolz auf ihre Hilfskassen sind, ist diese Sache verdächtig und er hat am 23. Oktober d. J. dem Grafen Posadowsky einen „Besuch“ gemacht, um näheres über die Absichten der Regierung zu erheben. Die Anfrage ergab, daß an dem Gericht etwas wahres ist. Um die Schwundkassen zu beseitigen, sie unmöglich zu machen, will man das ganze Hilfskassengesetz aufheben, die bestehenden soliden Hilfskassen dem „Kaiserlichen Aufsichtsamt für private Versicherungsunternehmungen“ (Gesetz vom 12. Mai 1902) unterstellen! Das wäre der Anfang vom Ende. Welch schlauer Plan! Harmlos klingt die Sache, sogar „fortschrittlich“, da man ja die Schwundkassen vernichten will. Wer wird aber auf den Bein gehen? Dann adieu Selbstverwaltung der Hilfskassen, die den verantwor „versicherungsmathematischen“ Anforderungen des schweidigen Aufsichtsamtes nicht lange mehr standhalten können. Man wird die Hilfskassen einfach zu Tode schikanieren, indem man sie zu Tode — „rechnet“. Haarscharf berechnet man dann die Höhe der Beiträge, die unbedingt nötig sind, hindert „im Interesse der Versicherten“ jeden Ausbau der Kassen, legt zu großen Wert auf die Höhe des Reservefonds, die jährlichen Rücklagen zu demselben. Wer nicht 10 Prozent der Beiträge alljährlich zurücklegen kann, hat seine Christenzertifizierung verloren, sagen dann einfach die staatlichen Versicherungstechniker, deren Arbeitgeber und Auftraggeber aber statt 10 Prozent Rücklagen — 10 Prozent Schulden alljährlich macht!

Man erwartet deshalb in allen Kreisen mit großer Spannung jetzt die Vorlage der Regierung und werden auch wir dann sofort Stellung dazu nehmen. Ergötzlich ist nur, daß jetzt auf einmal viele Blätter des Freimunds, die den Gewerbevereinen so nahe stehen, der Hoffnung Ausdruck geben, daß die — „sozialdemokratische Fraktion“ den Schlag gegen die Hilfskassen parieren wird. Ja, wenn man sie braucht, sind auch die „Roten“ recht!

Streik und Moral.

(Säus)

Der einzelne Arbeiter steht dem Unternehmerium machtlos gegenüber, folglich schließt er sich mit seinesgleichen zusammen und gründet Gewerkschaften. Der Staat ist weiter nichts als der Sachwalter der herrschenden Klassen, folglich schließt der Arbeiter sich mit seinesgleichen zu politischer Betätigung in der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Nun würden ja die Arbeiter sich gegen ihre eigenen Interessen sehr verhindern, wenn sie ihre Taktik nicht so einrichteten, daß sie ihren Wünschen auch den nötigen Nachdruck verleiht. In früheren Zeiten trugen die Kämpfe zwischen den Arbeitern und den Unternehmern noch ein rohes Gepräge. Da wurden noch Werkstätten, Maschinen u. s. w. zerstört. Daran denkt heutzutage ein ernsthafter nehmender Arbeiter oder Arbeitersführer mehr, weil man weiß, daß dies das am wenigsten geeignete Mittel ist, um den Forderungen der Arbeiter zum Siege zu verhelfen. Die Taktik, die die Arbeiter bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen anwenden, ist je nach den Verhältnissen der Branche oder der Betriebe verschieden. Eins ist aber allgemeiner Grundsat: Die Arbeiter suchen sich für ihre Kämpfe immer den Zeitpunkt aus, der für sie am günstigsten ist, also

für die Unternehmer am ungünstigsten ist. Sind die Mittel zu friedlicher Verständigung erschöpft und kommt es zum Streik, so ist eins der wirtschaftlichen Mittel, ihm bald zu gutem Erfolg zu verhelfen, die Fernhaltung des Zugangs. Dazu braucht man unter anderem auch Streikposten. Wenn sich nun ein solcher Streik gegen eine Anzahl von Kleinbetrieben richtet, von denen mancher in irgend einem versteckten Winkel liegt, so liegt es wiederum im Interesse der Arbeiter, nur solche zu Streikposten zu verwenden, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind. Das ist aber niemand besser, als der Arbeiter, der in dem Betrieb tätig gewesen ist. Dabei kann es vorkommen, daß der Arbeiter persönlich nie die geringsten Differenzen gehabt hat. Nichtsdestoweniger sieht er sich aus eigenem Klasseinteresse veranlaßt, sich seinen kämpfenden Kollegen anzuschließen und wenn kein brauchbarerer vorhanden ist, vor dem Betrieb Streikposten zu stehen, obwohl der Unternehmer ihm immer einen „guten Meister“ gewesen ist. In den Augen des Herrn Verfassers, der seinen Ausführungen nach offenbar ein paar Jahrhunderte zu spät auf die Welt gekommen ist, erscheint ein solcher Arbeiter aber als der Inbegriff aller Schlechtigkeit. Was sagt nun aber der Herr Verfasser zu dem folgenden: Ein Meister arbeitet seit Jahren bei einem Meister, mit dem er sich auss bestreikt. Beide stehen einander in guten und bösen Tagen treu zur Seite; ein Fall, der in Wirklichkeit ja oft genug vorkommt. Infolge der allgemeinen Verbesserung der Lebensmittel sehen die Arbeiter sich genötigt, mehr Lohn zu verlangen, und, da ein Teil der Unternehmer nicht bewilligen will, in den Streik zu treten. Dieser Meister ist gerade mit Aufträgen überhäuft und sagt deswegen zu dem Gesellen: „Hören Sie mal, wir beide sind so lange miteinander gut ausgekommen, der Streik soll uns nicht trennen. Ich habe ja sowieso schon seineshaften Lohn bezahlt, den die Gesellen verlangen und werde die paar Pfennige, die noch daran fehlen, dazu legen.“ Der Geselle geht natürlich gern darauf ein, denn es ist ihm lieber, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten und seine kämpfenden Kollegen zu unterstützen, als selber Streikunterstützung einzufordern zu müssen. Die Freude dauert aber nicht lange, denn die Meister, deren Gesellen freien, verhängen über diesen Betrieb die Materialsperre. Daß dies in Wirklichkeit oft genug vorkommt, weiß jeder, der nur ein wenig Ahnung von der Arbeiterbewegung hat. Was sagt der Herr Verfasser dazu? Wenn er consequent sein will, muß er das Vorhaben des Unternehmers ebenso verdampfen. Oder hat seine Moral einen doppelter Boden? Den Arbeitern, die das Wesen des Klassenkampfes begriffen haben, fällt es keineswegs ein, von den Unternehmern zu glauben, daß sie aus purem Bosheit zu solchen Maßnahmen greifen. Sie nehmen es den Unternehmern nicht übel, wenn diese, um ihren Klasseinteressen zu dienen, zu den Mitteln greifen, die sie für die wirtschaftlichen halten, sie verlangen aber, daß sie dasselbe tun dürfen. Das scheint dem Verfasser aber über den Horizont zu gehen, denn er orakelt weiter:

„Diese Schädigung der Meister ist mir so boshaft, als die Arbeiter die heutige schwierige Lage der Meister genau kennen, sogar vielfach über deren bedrangige Lage spotten und auf den Kün der selben hoffen. Was müssen das für Kreaturen sein, welche eine solche Schädigung ihrer Nebenmenschen systematisch betreiben, welche eine Freude daran haben, wenn einem andern durch ihre Mithilfe die Christenz untergraben, es ihm unmöglich gemacht wird, seine Familie redlich zu ernähren. Und dies alles nur um deswillen — daß gewisse Menschen herrschen und befehlen wollen, wo sie von Gott und Rechts wegen nichts zu befehlen haben. — Demnach sind solche Streiks ihrem Wesen nach unmenschlich, und sollten alle redlich Denkenden von diesen, wie von denjenigen, welche die selben inzitieren, mit Abscheu noch abwenden, weil die Wirkung unschätzbar die ist, daß als Streikfeind sich vielleicht unbewußt dieser Unmenschlichkeit mit schuldig machen und in ihrem Rechtsgefühl derart abgestumpft werden, daß sie das unmenschliche ihrer Handlungswieise nicht einmal mehr erkennen.“

Eine andere edle Eigenschaft, welche jeden Mann zierte, ist Arbeitseinsatz und Fleiß; wie der fleißige Mann geehrt wird, so wird der Faulenzer verachtet. Wenn man in diesen Monaten bei guter Witterung durch unsere Anlagen ging und sah die Bänke mit kräftigen Männern besetzt, denen man es ansah, wie schwer es ihnen wurde die Zeit totzuschlagen, dann bekam man ja seine eigenen Gedanken, und sah man seine Wege durch die Straßen der Stadt fort, hier an einem Neubau, dort an einer Schreinerei vorbei und jah allenhand Trupps von rüstigen Gestalten herumlaufen, die Hände müßig in den Hosentaschen, welche berufen waren sich fleißig zu regen, um zur Sommerzeit bei günstiger Arbeitsgelegenheit durch ehrbare Arbeit die Bauten zu fördern und sich und dem Meister ehrlichen Verdienst zu schaffen, dann drängte sich unwillkürlich — ein Pfui solcher Faulheit — auf die Lippen. Der Streik zwang die Leute zur Faulheit, deshalb ist ein solcher Streik zu verachten.“

Hierzu könnten wir noch recht viel sagen. Wir wollen uns hier nur auf eins beschränken. Was meint der Herr Verfasser zu der Ausperrungstatik des Unternehmertums, zu dem Verfahren, Tausende von gänzlich unbeteiligten Arbeitern in Betrieben, in denen niemand ans Streiken denkt, auf das Straßenpflaster zu werfen, weil eine ganz verschwindend geringe Anzahl von Arbeitern mit ihren Arbeitsbedingungen nicht zufrieden ist und von ihrem Recht Gebrauch macht, die Arbeit einzustellen? Hat der Herr Verfasser auch so kräftige Worte übrig für den Herrn Kommerzienrat Menz und dessen Nachbeter, die die Arbeiter in ganz Deutschland nach dem ABG ausspielen wollen?

Hören wir den Artikelsschreiber weiter:

„Die vornehmste Pflicht des Familienvaters ist die Sorge um Weib und Kind. Wie ehrt eine jede Gemeinde die Familienväter, welche durch anhaltenden Fleiß bemüht sind, für ihre Familien den Unterhalt zu erwirtschaften, und wie oft fühlt der Vater selbst Verständigung in seiner Brust, wenn es ihm gelingt, das Nötige für seine Lieben zu verdienen und sei es unter Zuhilfenahme mancher Freitunde. Wer wird dagegen derjenige verachtet, welcher in Verlennung seiner Pflichten dem Vergnügen nachgeht, die Arbeit versäumt. Weib und Kind darf nicht lästig und so immer tiefer in Schulden gerät und wie unglücklich fühlt sich ein solcher?“

Arbeiter der Belgrader Elektrizitätswerke hatten einen Streit in diesen Jahren zu verzeichnen gehabt, der jedoch infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Behörden leider ungünstig endete. Nach dem ersten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung (Berlin 1904) gab es im Juni 1904 15 Verbände und 27 allgemeine Arbeitervereine, deren Übertragung in die Fachorganisationen vom Centralverband der Gewerkschaften Serbiens erstrebt wird. Der Gedanke der Centralorganisation ist der herrschende in der jungen, aber gute Hoffnungen erweckenden Bewegung der serbischen Arbeiter.

Ein drakonisches Urteil

wurde am 11. November von der Strafkammer IIIa in Hannover in einem Streitprozess gegen unseren Kollegen Henkle gefallen. Die Ursache dieses Prozesses war der Streit in der Waggonfabrik am Fischerhof in Bückingen bei Hannover. Dieser Streit hat schon eine ganze Zahl Prozeß gezeigt und schwere Strafen, bis zur Höhe von einem Jahre Gefängnis, sind über Streitende verhängt worden. Der Schluß dieser Prozeße mache jetzt der gegen den Genossen Henkle, der als Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Hannover-Enden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Leiter des Streits am besten gehabt worden ist. Während des von Januar bis Mai andauernden Kampfes hatte die Fabrik ausländische Arbeiter in mehreren Transporten herbeigeschafft, und zwischen diesen und den Streitenden ist es mehrere Male zu Auseinandersetzungen gekommen.

Die Anklage gegen Henkle führt von einem solchen Transport her. Am 18. März dieses Jahres in ihr diesem Transport der Vorsteher des Aufsichtsrats der Waggonfabrik Rechtsanwalt Wendte I. vorau, und in der Gütingerstraße soll Henkle nun mit Beziehung auf den Anwalt gesagt und ihn dadurch beleidigt haben: "Haut ihn!" Außerdem war Henkle angeklagt wegen Beleidigung der Fabrikleiter Leisegang, Löffke, Wissmann und Hartmann. In der Verhandlung vor dem Schöpfgericht wurde Henkle von allen Anklagen freigesprochen, weil nicht bewiesen werden konnte, daß er die Worte "Haut ihn" gesagt, und weil die beleidigten Werkmeister ihre Beschuldigungen zu spät gestellt haben. Deshalb wurde in letzterer Sache das Verfahren überhaupt eingestellt.

Dieses Urteil zeigt die Staatsanwaltschaft an und sagt nun, wenn eine Bestrafung wegen Beleidigung nicht erfolgen könnte, so doch auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung. Zu dieser Einsicht, daß dieser Paragraph angewendet ist, kam die Staatsanwaltschaft erst nach Verkündung des Schöpfgerichtsurteils.

Zu der neuen Verhandlung vor der Strafkammer hatte der Staatsanwalt ein zahlreiches neues Zeugmaterial aufgeboten. Es waren dies teils vor der Fabrik abhängige Personen, wie der Betriebschef, der Betriebsräte, vier Werkmeister, zwei Frauen von Werkmeistern, eine Tochter und ein Sohn eines Werkmeisters, dann eine Reihe von Arbeitswilligen, auf deren Aussagen hin schon mehrere Kollegen in den früheren Prozeß waren verurteilt worden. Rechtsanwalt Wendte und eine Schilderin der Gütingerstraße bei dem Streit, so wie sie ihm entdeckten, Henkle habe am 18. März, als er, Wendte, an der Gütingerstraße auf dem Blaue angelfahren kam, gerufen: "Haut ihn!" Die um Henkle herumstehenden Personen haben diese Äußerungen nicht gehört. Wendte behauptete auch nichts, es wäre mir Henkle eingeschoben vor der Stelle, die dieser angab, zusammengekommen. Sammlung anderer Zeugen bestätigte, daß es an der Stelle war, die Henkle angegeben. Die Aussagen der von der Staatsanwaltschaft gebrauchten Zeugen waren sehr verschieden. Die Frau, der Sohn und die Tochter des Werkmeisters Kramm von der Waggonfabrik wollten zusammen aus einem Streit ausgetreten haben. Der Sohn sei an, gehört zu haben, daß Henkle sage: "Dalli drauf" und "Haut ihn", dagegen wollen Frau und Tochter nur gehört haben: "Dalli drauf". Es wurde darüber hinaus die Frage des Präsidenten blieben sie bei dieser Aussage. Der Sohn und die Mutter wollen gesehen haben, daß Henkle hinter Wendte hergeschaut sei, die Tochter bestreute, er wäre stehen geblieben. Das sind die Aussagen von drei Personen, die während des Vorganges in einem Streit gelegen haben. Den Betriebsleiter Leisegang soll Henkle durch die Bezeichnung "Beauftragter" beleidigt haben, während er wirklich gesagt hat: "Du Ausfertigungen werde ich dir schon anstreichen." Die Werkmeister Löffke und Wissmann fühlten sich beleidigt durch die Bezeichnung "Streitbrecher" und dadurch, daß Henkle gesagt hat: "Sie sollten doch ihren Kindern lieber einen guten Namen hinterlassen." Henkle war der Meinung, diese beiden seien arbeitswillige Arbeiter gewesen; als er sah, daß sie Meister waren, nahm er die Bezeichnungen dieser an, um sie zu ähneln, so schimpfte die Anklage, daß Henkle auch zu den Meistermeistern Hartmannen gesagt hätte. Dieser steht noch nur von den Bezeichnungen "Büroarbeiter" und "Sekretärmeister".

In seiner Anklagedeckung behauptete der Staatsanwalt, Henkle habe die Meister bestimmen wollen, an dem Streit teilzunehmen und das durch Erhöhungszugaben zu erreichen gehabt. Der Staatsanwalt sagte, Henkle habe in dem Streit eine hohes Ralle geführt. Er habe die Streitenden aufgestellt (1), die Arbeitswilligen beleidigt und zu offener Gewalt entschert. Es sei nicht richtig, daß er, wie Henkle behaupten, beabsichtigt gewesen sei, der Streit einzuleiten. Der Fall gegen Wendte sei eine beleidigende Erhöhung, es könne auch die wie bei den übrigen § 153 der Gewerbeordnung in Frage, weil Henkle den Vorständen des Gütingerstädtchen habe bestimmen wollen, zu bewilligen. Der Ausrufer "Haut ihn" sei eine Aufruforderung zum Handstreicherschluß (1). Wenn der Aufruforderung zum Folge geleistet worden wäre, was wäre dann in Frage der Staatsanwalt, und sagte darauf: "Dann wäre Henkle fürs Amtshaus reit! Deshalb müsse eine ganz exemplarische Strafe verhängt werden, Henkle habe gewisssinnlich gewußt, daß es daran bedacht war, er wegen Beleidigung des Richtermeisters Wendte sechs Monate Gefängnis und wegen Verarschen gegen § 153 in drei Fällen je sechs Wochen zusammen neun Monate Gefängnis! Auch Rechtsanwalt Wendte als Nebenkläger plädierte für Gefängnisstrafe.

Der Verteidiger Julius Benzberg bestreit die juristische Richtigkeit der Erhebung der neuen Anklage wegen Verleumdung des § 153 der Gewerbeordnung, der nur subjektiv in Frage kommen kann. Das falsche Bild, das der Staatsanwalt vor Henkle gezeichnet, sollte der Verteidiger in andere Beleidigung und vorwürfe bestreiten den Herrenhandelsrat der Fabrik. Besonders das § 153 steht es an dem Solus, weshalb Erhöhung erziogen möge. Auch der Fall der Beleidigung des Wendte ist nicht so leicht darzustellen: gerichtet, es möge besonders berücksichtigt werden, daß seitdem er um befreien diesen Austritt gehört und Henkle soll aufdringlich sein. Auch Rechtsanwalt Wendte als Nebenkläger plädierte für Gefängnisstrafe.

Der Verteidiger Julius Benzberg bestreit die juristische Richtigkeit der Erhebung der neuen Anklage wegen Verleumdung des § 153 der Gewerbeordnung, der nur subjektiv in Frage kommen kann. Das falsche Bild, das der Staatsanwalt vor Henkle gezeichnet, sollte der Verteidiger in andere Beleidigung und vorwürfe bestreiten den Herrenhandelsrat der Fabrik. Besonders das § 153 steht es an dem Solus, weshalb Erhöhung erziogen möge. Auch der Fall der Beleidigung des Wendte ist nicht so leicht darzustellen: gerichtet, es möge besonders berücksichtigt werden, daß seitdem er um befreien diesen Austritt gehört und Henkle soll aufdringlich sein. Das Gericht verurteilte Henkle zu einer Geldstrafe von fünf Monaten Gefängnis. Es erfolgte Darlegung von der Beleidigung des Leisegang und des Hartmann. Topogeno heißt das Gericht drückt überzeugt des Vergeltungs gegen § 153 der Gewerbeordnung gegenüber den Werkmeistern Wissmann und Löffke. Da das Begründung sagte das Gericht, ob Henkle gewußt habe, daß die Richter nicht als Arbeitswilligen angesehen werden, kann nicht in Betracht, ebensoviel die nachträgliche Erhöhung, er habe es nicht gewußt. Die Beleidigung des Rechtsanwaltes Wendte sei eine solche ersten Ranges, befindet einem Herrn in leichter Stellung gegenüber. O Gott, überzeugt das Gericht Henkle vor, er habe nicht Familiens in Acht und Gerd gebracht, er habe den Streit gefügt und auf seine Weise (2) habe er so lange Zeit gedessen. Dazu sei auch die Stadt eine besonders schwere, denn Henkle habe die Angreifenden durch Erhöhung des Streits gefügt und den Frieden zerstört! Für die Erhöhung des Rechtsanwaltes Dr. Wendte vier Monate, für jede Übertreibung des § 153 drei Wochen, zusammen fünf Monate Gefängnis verordnet.

Dieses Urteil belastet groß unsere Gewerkschaften. Henkle wird darin als ein Streitbrecher erklärt, obwohl er Leiter ist, der es ist an das Gewerbeamt, an den Landrat zur Belegung des Streits geworfen hat, während die Firma sich auf den Herrenhandelsrat zielte und durch Erhöhung erziigte. Das § 153 ist,

selbst wenn die Behauptungen über Henkle alle richtig wären, zu Unrecht angewendet worden, da nach obereichterlichen Erkenntnis nur die Delikte unter ihm fallen, die von Arbeitern gegen Arbeiter oder von Unternehmern gegen Unternehmer begangen werden. Der Hannoversche Polizei, dem wir den Bericht über die Gewerkschaftsbewegung zu einem großen Teile entnommen haben, sagt in einer Schlussbetrachtung des Prozesses folgendes:

Die Ausführungen des Staatsanwaltschafft wir die Begründung des Urteils geben uns den Beweis, daß man von der Arbeiterbewegung in den Gerichtssälen sich manche falsche Vorstellung macht. Es ist nicht richtig, sich ein Urteil über einen Streit zu bilden lediglich aus den Aussagen der Arbeitswilligen. Und so weit entzerrt wie sind, dem Gericht wegen seiner Verurteilung einen Vorwurf zu machen, so bedauerlich finden wir, daß der Präsident des Gerichtes an Arbeitswillige und Meister, die als Zeugen vor Gericht erschienen waren, die Frage richtete: "Was Henkle gehebt und gewöhnt und sich gräßdet wie ein Wilder?" Arbeitswillige sind doch keine Gutachter über die Tätigkeit eines Streitleiters, sie sind ganz außerstande, darüber zu urteilen, weil sie während des häufigen und höchstens Streits die Tätigkeit Henkles gar nicht so vollkommen beobachten in der Lage waren, um eine solche Frage bejahen zu können. Beim Hören der Anklage konnten wir uns auch des Verdachts nicht entzerrt, als ob man dort der Meinung sei, daß das Streiteln schon unerlaubt und die Leitung eines Streits noch unmöglich sei. jedenfalls ist das Urteil uns nicht erklärlich ohne Erklärung der Tatsache, daß Henkle Vorsteher des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Streitleiter war.

Zur Gewerbegerichtswahl in Königsberg i. Pr.

Es ist ja zur Kenntnis bekannt, daß von den Gegnern mir mit Lügen und Verleumdungen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften bekämpft werden. Diese schmutzigen Waffen werden nicht nur von Kreisblättern, nein, auch von den "vornehmsten" liberalen und selbst von den frömmeren klerikalischen Zeitungen benutzt. Man muß eben lügen und verteidigen, weil man viele anderen Waffen zur Verfügung hat. Gegenwärtig möcht' wieder eine von A bis Z verlogene Notiz die Runde durch die gesamte bürgerliche, besonders christliche Presse. Es heißt in ihr, daß in Königsberg bei den Gewerbegerichtswahlen die Wähler der "sozialerhaltenden Parteien" den Mitgliedern, in führenden der Sozialdemokratie "vergewaltigt", "ungehobelt", in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über die letzten Gewerbegerichtswahlen in Königsberg in Preußen: "Die Ausübung des Wahlrechts kam etwa dem früheren Wahlergebnissen gleich und viele Anhänger der neuzeitlichen Parteien scheinen sich verschafft, an die Wahlurne zu treten. Wahlen wurde es auch durch Gewalt unmöglich gemacht, an den Wahlhügel heranzutreten. Schon vor dem Wahltag rieten die Sozialdemokraten die Abstimmenden, sie würden gewählt, gebrüllt und in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft. Man rief sozialdemokratische Wähler in der genaisten und umfänglichen Weise beschimpft, geschlagen und geschnitten worden sind, so daß sie ihr Wahlrecht gar nicht haben ausüben könnten. Das Ding, das von den gesamten rheinischen Zeitungen mit Wohlbehagen abgedruckt wurde, lautet:

"Wie die Sozialdemokraten des Wahlkreises ihrer Gegner achteten, zeigen folgende Mitteilungen des Wahlkomites der vereinigten staatsvertratenden Arbeiter über

von Glästern, Drückern, Schleifern und Trenzen nach Erfurt; Flüssigehösen (Kampenfabrik Löbenrain & Grunau) M.; nach Oberursel (Uhinger Metallwarenabtrieb); von Fahradarbeitern und Schleifern nach Küttelsheim b. Magdeburg Et.; nach Zittau i. S. (Königlich-Fahradwerke) Et.; von Klempnern, Blechverbaltagearbeitern und Arbeiterinnen nach Braunschweig (Lingen u. S. & Lange) M.; nach Stuttgart (Gasmeßfabrik Braun & Co.) Et.; von Klempnern und Inspektoren nach Berlin (G. Seeger, Frankfurterstr. 72 und Petermann, Bahnhofstr. 5); von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel, Schweiz, (besondere Maschinenfabrik Wettig) Et.; nach Paris in A. nach Brügg, Kanton Aargau, Schweiz; Maschinenfabrik Müller & Co., nach Burgstädt v. Chemnitz (Stanzwerk Klingenthal) Et.; nach Merseburg (Arbeitsaufzubr. J. L. Krause & Co.) Et.; nach Überstein a. R. (Firma H. Hammel) Et.; nach Berlin (Maschinenfabrik A. G.) Et.; nach Potsdam (Telegraphenbaufabrik von Strecker) Et.; nach St. Gallen (Wetz. Hofstädte) Et.; nach Solingen; nach St. Blasie, Schweiz, (Unternehmung A. W. vom W. Martini & Co.); nach Thurn, Schweiz (Metallwerke Schaefer, Et.; nach Löß bei Winterthur (Maschinenfabrik Nieder & Co.); nach Wettber a. d. R. (Gusszähler Schulte) M.; nach Wismar (Maschinenfabrik Harti & Sohn) A.; von Mettern nach Stettin (Corriente) Et.; von Schlägeresarbeitern nach Solingen Et.; von Schlossern nach Elsterwerda (Metallwerke) M.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Huber); nach Spremberg (Metallwarenhaus) Et.; nach Zürich (Hünen Kaiser-Bauer, Käppi-Schweizer, Schärpi-Schweizer und Bünker & Cie., Uebersicht); von Schlossbauern nach Görlitz b. Leipzg.; von Sägemündern nach Stuttgart (Häss & Hahn) Et.

(Die mit A. und Et. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. Et. heißt: Streit in Ausprang; L. Vohnbewegung; A. Aussperrung; Et. Fächerungen; M.: Maßregelung; M.: Misshandlung; Et.: Vohn- oder Artillerie-Misshandlung; Et.: Führung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme im Orte, wo keine der obigen Maßnahmen in Betracht kommen, werden die Mitglieder erachtet, die stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erfragen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wie man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Felsenhauer.

Göppingen. (Berichtigung.) Die Notiz in Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung über die kleinsche Felsenhauererei ist darin zu berichtigen, daß der angeführte Ojen den Verhältnissen im Kleibetrieb entsprechend ist und kann von „Kleibetrieb“ keine Rede sein. Die Behandlung ist gegenüber anderen Betrieben eine harte. Ferner hat der betreffende Kollege nicht 20 Pf., sondern 26 Pf. zum Schaden erhalten. Im übrigen ist noch zu bemerken, daß die 26 Pf. nur ein Arbeiter erhielt, weitere zwei Arbeiter erhielten nach dem Lohnbuch 25 und 26 Pf. Die Werkstatt wird nicht während der Arbeitszeit sondern unter der Mittagszeit gelebt. Der Arbeiter selbst wurde über den Kopf der Ortsverwaltung hinweg eingewiesen, die die Verhältnisse der Wahrheit entgegen erhoben hat und nicht anstellt den organisierten Kollegen dies Werkstatt zu empfehlen, da auch die Organisation von Seiten kleins voll erkannt wird. (Wir bedauern sehr, daß man uns falsches berichtet hat. Es veranlaßt uns diese unsere Berichterstatter wiederholter dringend zu ersuchen, sich bei Schilderung von Werkstattverhältnissen streng an das Tatsächliche zu halten. Die Red.)

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 12. November ihre ordentliche Generalversammlung für das dritte Quartal in der Neuen Welt ab. Der weite Saal (der größte am Dorotheenmarkt), die Galerie und die Bühne waren überfüllt, die Tische wurden aus dem Saal entfernt. Weit über 500 Mitglieder waren erschienen, wobei besonders deswegen, weil an dem Kasinovertrag und den von konvoktiven gewordenen Erstwahlen der Bericht über die Aussperrung in der Elektroindustrie auf der Tagesordnung stand. Nach Eröffnung der Versammlung teilte Kollege Cohen zunächst mit, daß zwei Kollegen anwesend sind, die dazu weit ein Ausschlußverfahren gegen sie schwebt, nicht das Recht haben. Es sind dies die Kollegen Wiesenthal und Ackermann. Letzterer habe unter Einwendung von Gewalt gegenüber dem die Kontrolle am Eingang erzielenden Kollegen sich den Eintritt erzwungen. Da laut Statut vorhandenes eines Ausschlußverfahrens Rechte und Pflichten des Mitglieds rufen, zu den Rechten aber auch der Besuch der Versammlungen gehört, darf er als Bevollmächtigter die weitere Tagung der Versammlung nicht zulassen, wenn die Genannten nicht den Raum verlassen. Das Ausschlußverfahren sei eingeteilt gegen Ackermann, Wiesenthal und Wiesenthal. Den beiden wird Entschuldigung der Verbündeten vorgenommen, inssofern, daß Ackermann den Oberbürgermeister Kirschner, ohne das Streitpunkte liefern im Kenntnis zu sezen, um seine Befreiung bei der Aussperrung erlangt hat. Davon hat Zalewski, der zugleich Bevollmächtigter des erzielenden Streitpunktes war und auf dessen Sitzen, sowie als Chairman einer der beteiligten Firmen an den Verhandlungen der Parteien unter dem Vorsitz des Magistratsrats von Schulz teilgenommen, Kenntnis gehabt. Die Tage darauf, am 23. September, im zunehmenden Sinne einige Gangeneinsatz des Oberbürgermeisters hat Ackermann dem Zalewski im Lokal bei Wiesenthal zu lesen gegeben. Dabei habe letzterer den Brief an sich genommen. Erst am Montag den 2. Oktober nachmittags, als die Plakette von Ackermann, nachdem er in von Wiesenthal zurückgedrängt hatte, dem Kollegen Cohen überreicht worden. Bis dahin hat niemand von der Streit- und Organisationsleitung von dem Unternehmen etwas gewußt. Die Erörterung der Sache durch die eingetretene Unterhändlungscommission ist noch nicht beendet, das Verfahren scheint somit noch Cohen erfordert die beiden Kollegen, den Saal zu verlassen. Die Versammlung wurde vertagt. Nach Wiederauferstehung und neuerlichem Wiesenthal und Ackermann den Saal verlassen, beantragte Zalewski, der Bevollmächtigte der Untersuchungskommission ist die Zulassung der Kollegen. Das Schiedsgericht gab den Antrag angenommen, der Vorsteher der Anlage Kollege Handke, habe jedoch den Antrag auf Ausschluß fallen lassen. Somit hätte es nur der Horn des Saals genug, welche nun fest noch den Dreien den Saal zur Versammlung verweisen. Handke erhebt gegen den Antrag Widerspruch. Der Spruch der Kommission sei endgültig noch nicht gefallen, es ist ihm noch keine Unterstützung geworden, somit liege das Schiedsgericht noch. Cohen erhält vor diesem Antrag Zalewski in Hinblick auf die kürzlichsten Verhandlungen nicht abstimmen lassen zu können. Das Statut, das für alle Mitglieder gleiche Anwendung findet, zeigt sicher als der einzige Vertrag einer jeweiligen Versammlung. Ein Zusicherungen von Handke trifft er bei und gibt weiterhin betont, daß das mittlere Ortsverwaltung in ihrer Sitzung am 10. Februar einen erneuten Antrag auf Ausschluß des Kollegen Wiesenthal und zwar einstimmig, gestellt habe. Davon sei Zalewski auch bereits im Kenntnis gesetzt worden. Dieser Vorsteher sei gestört, weil Wiesenthal sich beharrlich geweigert, gefällige Beurteilungsbefehle nachzuhalten. Frechhalter sprach ebenfalls für zu lassen, der drei Kollegen, er geht als Bevollmächtigter des Betriebsausschusses nicht auf die halbgefundenen Pläne ein. Die Betriebsräte habe ich darin verständigt, den ein Ausschluß noch nicht rechtfertigen könne, die Erkennung von Akteuren in der Organisation, die den Betrieber der Ortsverwaltung bestreitet hatte, sei abgelehnt worden, es handele sich jetzt nur noch um die Rechtfertigung, ob auf Kuge, Zadek oder zu erringen.

gar nichts erkannt würde. Es lasse sich die Nichtzulassung zur Versammlung doch nicht damit rechtfertigen, weil der Beschuß der Kommission noch nicht ausgefertigt ist. Cohen erklärt nochmals, daß es unmöglich sei, den Dreien den Zutritt zu gewähren, er wendet sich gegen Grenthaler, dem er vorwirkt, mit seinen Ausführungen gegen die Wünsche eines Schiedsgerichtsbesitzers verstößen zu haben. Es könnte bald den Anschein erwecken, als sollte durch einen Verjährungsbeschuß auf die endgültige Beschlusssetzung der Kommission eingewilligt werden. Er, Grenthaler, erklärt, nach den heute gemachten Mitteilungen könne er die Untersuchungskommission nicht mehr als objektiv anerkennen und demzufolge auch nicht deren etwaigen Beschuß. Kollege Voos, der Vorsteher der betreffenden Unterhändlungscommission ist, gibt die Erklärung ab, daß von einem Ausschlußantrag abzusehen wäre, da das vorliegende Material dazu nicht ausreichend erscheine. Ein endgültiger Beschuß ist noch nicht erfaßt. Des weiteren wendet er sich gegen die Ausführungen von Zalewski, die er als nicht objektiv bezeichnet. Auf Antrag von Schulz wird alsdann mit großer Mehrheit beschlossen, in die eigentliche Tagesordnung einzutreten. Damit war der Antrag Zalewski erledigt. Der Vorsitzende Bevollmächtigter alsdann den zur Verteilung gelangten Kasinovertrag vom dritten Quartal. Einnahme und Ausgabe balancierte bei der Hauptkasse mit 294886,25 M., darunter an Streitförderung 59584,95 M., Ortsunterstützung 10345,05 M., Rechnungs 7165,72 M. An die Hauptkasse wurden eingesamte 110163,36 M., der Lottaufwand überwiesen 27810,01 M. Die Lotkasse bilanziert mit 265689,80 M. Unter den Ausgaben befinden sich für weitere Auswendungen an Streitunterstützung 27775,35 M. und für zugeschriebenes Kartehen von 32512,44 M. Der Kasinobestand der Lokalkasse war am 30. September 185540,05 M. Anstrengungen bereit gestellt, daß die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle sich unter Guarandelegung der gezahlten Beitragsmieten auf 58400 belasst. Kollege Schmidt beantragt Namens der Bevollmächtigten Entlastung für den Rentanten. Dieselbe erfolgt einstimmig. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung, „Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung“ erklärt Bernicke, warum er den Posten als zweiter Bevollmächtigter am 1. Oktober nicht angetreten habe, ziemlich ausdrücklich. Wenngleich er keine angenehmen Gefüße nach erfolgter Wahl gehabt, habe er dennoch versucht, sich den Verhältnissen anzupassen. Doch haben ihm verschiedene Vorkommnisse gezeigt, daß er sich nicht zu dem Posten eigne. Zur umwahr erklärt er, wenn gerichtsweise behauptet wird, er könne nicht mit Cohen zusammenarbeiten. Müller votenisiert gegenüber Bernicke's Amtsinhaber und sucht einige Ausschreibungen bezüglich der Drahtarbeiter richtig zu stellen. Soeben werden genehmigt: zum zweiten Bevollmächtigten Kollege Handke gegen circa 50 Stimmen, zu Bevollmächtigten Strobach und Buse, zu Bevollmächtigten Schied und Ramsdorf. Alle diese Wahlen wurden, da nicht mehr als die Gewählten kandidierten und dagegen kein Widerstand erfolgte, per Allianktion vorgenommen. Die Erledigung der Punkte, die noch auf der Tagesordnung standen, wurden vertagt bis zur nächsten, über vierzehn Tage stattfindenden Generalversammlung.

Berlin. Die am 26. November in der Neuen Welt abgehaltene Generalversammlung, die sich mit den Lehren der Aussperrung in der Elektroindustrie beschäftigen sollte, konnte dieser Aufforderung nicht vollkommen gerecht werden, weil von der Reklationskommission der Kollegier ein Antrag auf Ausschluß des Bevollmächtigten Cohen seit der Ortsverwaltung eingereicht und dieses Reklommiss der obigerlichen Presse mitgeteilt worden war, offenbar in der Absicht, gegen den Bevollmächtigten Stimmaung zu machen. Die bürgerliche Presse hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß Cohen ausgeschlossen werden soll, weil durch seine Ungehorsamkeit die große Aussperrung in der elektrischen Industrie erfolgt sei und weil Cohen in einer Versammlung die Unwahrheit gesagt habe. Da nach dem Statut während des Ausschlußverhängens Wahlen und Rechte ruhen, sollte die Notiz in der Presse offenbar die Verhinderung oder spätere Entfernung Cohens aus der Versammlung beprechen. Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin hatte den ihr eingeschriebenen Antrag, weil ihm jede schriftliche Begründung fehlte, an die Antragsteller zurückverwiesen und die Einleitung des Verfahrens von einer schriftlichen Begründung abhängig gemacht. Die Antragsteller hatten bis zur Eröffnung der Versammlung noch keine Begründung zu bringen vermocht und war demzufolge auch das Verfahren nicht eingeleitet worden. Nichtdestoweniger war die Ereignung, als Cohen im Auftrag der Ortsverwaltung die Generalversammlung eröffnen wollte, so groß, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß Cohen ausgeschlossen werden soll, weil durch seine Ungehorsamkeit die große Aussperrung in der elektrischen Industrie erfolgt sei und weil Cohen in einer Versammlung die Unwahrheit gesagt habe. Da nach dem Statut während des Ausschlußverhängens Wahlen und Rechte ruhen, sollte die Notiz in der Presse offenbar die Verhinderung oder spätere Entfernung Cohens aus der Versammlung beprechen. Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin hatte den ihr eingeschriebenen Antrag, weil ihm jede schriftliche Begründung fehlte, an die Antragsteller zurückverwiesen und die Einleitung des Verfahrens von einer schriftlichen Begründung abhängig gemacht. Die Antragsteller hatten bis zur Eröffnung der Versammlung noch keine Begründung zu bringen vermocht und war demzufolge auch das Verfahren nicht eingeleitet worden. Nichtdestoweniger war die Ereignung, als Cohen im Auftrag der Ortsverwaltung die Generalversammlung eröffnen wollte, so groß, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens entgegen und dokumentierte durch Ausschreibung, daß diese Erklärung sie bestätigte und daß sie absolute Unkenntlichkeit habe, auf Grund so därtigen Materials dem Bevollmächtigten das Vertrauen zu entziehen. Der bedauerliche Vorzug hatte denn auch diese Aussicht richtig erfaßt und der neuzeitlichen Welt mitgeteilt, daß es Cohen nicht gelang, auch nur eingerückt eine Karte zu erhalten. Diese hat vielmehr erst ein, nochmals vom zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Handke, eine Erklärung des obigen Sachverhalts gegeben werden war. Die Versammlung nahm hierauf eine längere Sitzung Cohens ent

heute fertig bringen, die von den Arbeitswilligen hergestellten Waren nicht allein weiter zu verarbeiten, sondern diese Arbeitswilligen auch als die Elemente erklären, auf deren Existenz als gelbe Gewerkschaft der neue Industrieverband aufgebaut werden soll. Dazu dürfte tatsächlich jeder Kommentar überflüssig sein.

Bittau. In den Phenomen-Fahrradwerken stellten am 14. November die Arbeiter bis auf fünf die Arbeit ein, nachdem am 18. November in einer Versammlung der Streik mit 334 gegen 72 Stimmen beschlossen worden war. Die Ursachen dieser Bewegung sind verschiedene Missstände, deren Abstellung die Arbeiter nun forderten. Am 3. November wurden die Forderungen in einer Versammlung formuliert. Sie betreffen hauptsächlich sanitäre Verbesserungen, Änderung der Arbeitsordnung unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses, Einführung eines geregelten Kontrollsystems zur Befreiung von Eigentüchtigkeiten und der ungerechten und willkürlichen Strafsetzungen, Vorschreibungen zur Vermeidung der sich fortwährend nötig machenden Klemmationen bei der Lohnzahlung, anständige und gerechte Behandlung durch Meister und Beamte, Beschaffung ausreichender Waschvorrichtungen, von Ankleide- und Speiseräumen. Als der Arbeiterausschuss die Forderungen der Firma unterbreite, wurde er aus dem Kontor gewiesen mit der Bemerkung, daß es nichts gebe. „In meiner Fabrik habe ich zu beschließen, jede weitere Verhandlung ist unnötig,“ erklärte Herr Freund. — Die Gewerbeinspektion hatte in der Angelegenheit ihre Bemühung angeboten. Die Fabrikleitung hat nun inzwischen die Befreiung der Missstände bestimmt verprochen und sogar schon in Angriff genommen, so daß die Arbeiter bereit gewesen wären, die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber nun sollte eine schon lange geplante Lohnreduktion von 10 bis 50 Prozent vorgenommen werden, von Verdiensten, die zwischen 16 bis 25 Ml. schwanken. Die Arbeiter sind nun zu einem Abwehrkampf gezwungen. — Wir ersuchen um Fernhaltung des Zugangs.

Rundschau.

Die Schärfmacher an der Arbeit.

Der Reichstag soll ein Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt werden. Über den Inhalt dieses Entwurfs ist bisher noch nichts bekannt geworden, das darin aber die Wünsche der Arbeiterschaft eine Erfüllung finden, ist nach den Erklärungen, die Graf Posadowsky früher im Reichstag abgegeben hat, nicht anzunehmen. Welcher ist die Befürchtung gerechtfertigt, daß man versuchen wird, den Entwicklung der Berufsvereine der Arbeiter neue Hemmnisse zu bereiten. Die Schärfmacher sind auch schon auf dem Plane erschienen, um die öffentliche Meinung für ihre Absichten zu bearbeiten. In Nr. 47 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung wird von einem „Verwaltungsjuristen“ der Vorschlag gemacht, die Propaganda für den Generalstreik gleich dem Hoch- und Landesverrat zu bestrafen, und zwar „in der Person derer, die ihn organisieren“. Dass man dadurch einen Generalstreik verhindern könne, glauben die Männer der Arbeitgeber-Zeitung sicher nicht, aber hinter dem Vorschlag steht etwas anderes: dem Koalitionsrecht der Arbeiter möchte man den Garas machen. Die Arbeitgeber-Zeitung selbst verrät dies, indem sie zur Einleitung des Artikels schreibt, das geschriebene Recht sei den Anforderungen anzupassen, die sich aus der Extremisierung der Praktiken jenes Rechtes ergeben. Da die Sozialdemokratie mit Hilfe der Koalitions- oder Streikfreiheit ihre Staats- und gesellschaftsfeindlichen Ziele gleichsam auf legalem Wege zu verwirklichen imstande sei, so sei der Augenblick gekommen, diese Änderungen vorzunehmen. Und die Arbeitgeber-Zeitung meint dann, daß vielleicht bei Gelegenheit der Beratung des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Materie in die Diskussion einzubringen ihm dürfe. Der „Verwaltungsjurist“ der Arbeitgeber-Zeitung formuliert auch gleich die neue — Zuchthausvorlage wie folgt:

„Wer außer zu den im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Zwecken es unternimmt, Arbeitseinstellungen herzustellen, welche infolge ihres Umfangs geeignet sind, das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht durch Unterbindung seiner Produktion, seines Handels oder seines Verkehrs dem Ausland gegenüber zu schädigen, wird . . . bestraft.“

Das gleiche gilt, wenn die Schädigung nur einen Bundesstaat oder mehrere einzelne Bundesstaaten betrifft.

Sind durch die im Absatz 1 bezeichneten Handlungen wirtschaftliche Nachteile eingerettet, so kann die Strafe auf . . . erhöht werden.“

Die Strafen müßten abschreckend wirken, exemplarisch sein. Man erkennt daraus ganz deutlich, wohin die Reise gehen soll. Unter diese Strafbestimmung könnte jeder Streik von geringer Bedeutung gebracht werden. Zu der brutalen Riederrichter geht sich die Heuchelei, indem sich der Verfasser des Artikels den Anschein gibt, als sollten „gewöhnliche, also zulässige Streiks“ nicht getrieben werden.

Man darf sich also daran gefaßt machen, daß die Schärfmacher im Reichstag in der von der Arbeitgeberzeitung vorbereiteten Richtung einen Vorstoß machen werden. Sie werden aber die Arbeiterschaft zur Verteidigung ihrer Rechte gerufen haben.

Gewerkschaftliches.

In Gladbach fand am 17. November sämtliche organisierten Hafensarbeiter ausgesetzt werden. Seit etwa einem halben Jahre war es ihnen vermöge ihrer guten Organisation möglich geworden, nicht nur einen Teil der dielen Missstände abzulösen, sondern auch einen Zuschuß durchzuführen, der die Arbeitsbedingungen regelt und ein Schiedsgericht zur Entscheidung von Streitigkeiten vorstellt. Diese Einführung der Ausbeutungsstreiks paßte den Unternehmern nicht, sie wetten deswegen plötzlich sämtliche dem Hafenerbeiter-Vorstand angehörenden Arbeiter ans Klavier. Als Verhandlungen geben sie an, die Verbandsleitung richte ihre Tätigkeit offiziell darauf, die Leistungen des einzelnen Arbeiters und damit dessen Verdienst herabzuordnen. Die Unternehmer sind sofort darauf gegangen, eine Schutzgruppe zu bilden. Sie wollen für die Arbeiter einen Betrag gründen und den Beitrag zu diesem zur Hälfte selber tragen. Der Vorsteher soll aus den Kreisen der Unternehmer gewählt werden. Das genügt, um diese Neugründung zu kennzeichnen.

Die Lohnbewegung der Berliner Gewerkschafter hat mit einem vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Vergleich geendet.

Aus der Zeitungsausgabe: „Die Gera erzielten Verträge, der Arbeiter die Bürgermeister der vor den Auswärtigen getroffenen Städte, Verhandlungen mit den Fabrikanten anzunehmen. Diese lehnten jedoch jede Verhandlung ab.“

Zu Bielefeld fand etwa 1000 Weißgerberleute in dem Streik gerieten.

Die Schlichtungskommission der Berliner Holzindustrie wurde in den Monaten Juli bis September aus 35 Betriebsräten 77mal angerufen. So 11 Fälle nominierte durch die Schlichtungskommission ein höherer Tarif festgesetzt. In 9 Betrieben reagierte die Schlichtungskommission wegen Nichtbeachtung der beobachteten Schärfzüge eingreifend. Maßregelung und neue Tarifverhandlung waren je zweimal die Ursache der Differenzen. Beide Lösungsalternativen bei Schärfzügen wurde die Kommission in 3 Betriebsräten ergriffen. Hierbei kam es einmal zur Einigung, in den beiden anderen Verhandlungen fanden die Schärfzüge der Arbeiter nicht erfüllt werden. In den anderen 48 Fällen handelte es sich um einzelne Arbeit, die sich nicht nach einem Tarif berechnen lassen, und um neue Kosten und Lohnforderungen für einzelne schlecht bezahlte Arbeiter. In 6 Fällen wurden die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt. Hierdurch wurden den Arbeitern die geforderten Lohnsätze zugestanden. Bei 25 Fällen erlangten sich die Parteien. In einer Betrieb fanden die Kollegen eine Zahlung zu tun. Außer den 77 Aufrufen der Schlichtungskommission waren auch Fälle zu verzeichnen, die gleich von den Unternehmen als „blinder Gewaltmarsch“ abgetragen wurden. Bei Nichterreichung der Berliner Holzindustrie kamen in 16 Betrieben Rückerstattungen vor. In 51 Firmen mit 124 Betrieben kam es zu Streiks und Schärfzügeungen. 25 Firmen mit 61 Arbeitern be-

willigten ohne Streik, in 13 Betrieben mit 303 Arbeitern wurde längere Zeit gestreikt, ehe die Forderungen anerkannt wurden. Wege Lohnzüge und wegen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen streikten in 10 Werkstätten 207 Arbeiter mit Erfolg, 59 Arbeiter in 2 Werkstätten ohne Erfolg. In einer Werkstatt wurden Lohnzüge ohne Streik zurückgewiesen. Von den 51 Werkstätten Lohnzügeungen mit 124 Arbeitern waren 49 mit 1140 Arbeitern erfolgreich, nur 2 mit 58 Arbeitern hatten keinen Erfolg. Nach Branchen verteilt handelt es sich um 7 Baumwollseiden, 12 Möbelstoffereien, 5 Klavierfabriken, 4 Ladengeschäfte, 1 Küchenmöbelstoffserei, 1 Tischlerei für photographische Bedarfsmittel, 1 Nähmaschinenfabrik, Nähmaschinen-Möbelstoffserei, Theaterschmiederei, Motorwagenfabrik, Drechsler, Treppenländerfabrik, Korbmacherei, Bilderrahmenfabrik, Kistenfabrik, Raumfabrik und Büromacherei.

Bergarbeiterbewegung.

Die Erregung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet über das freihafte Spiel der Grubenmagnaten dauert fort. Die Unternehmer haben es meistertlich verstanden, sich die vom preußischen Deutschen Parlament bescherte Berggesetzmöglichkeit zu weiterer Unterdrückung der Arbeiter zunutze zu machen. Durch die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen ist allerdings ein Teil der Missstände beseitigt worden; dafür hat sich aber eine solche Reihe von anderen Missständen „als Ersatz“ eingesetzt (Beschränkung der Freizeitfähigkeit durch das von den Kohlenmagnaten initiierte Sperrsystem; strafloses Straftaten durch Lohnzüge anstatt des Wagenmullens u. s. w.), das sich die Siebenkommission veranlaßt sah, in einer Eingabe an den preußischen Handelsminister eine ganze Liste von Verstößen zusammenzustellen. Darum entwirte der Verein für bergbauliche Interessen mit einer Gegenkarte, in der mit kaltschlüssigen Hohn und Spott auf die gesetzlichen Vorschriften der Berggesetzmöglichkeit verweisst wird. An dieser Antwort wurde auf spöttische Art und Weise ausgedehnt, daß die Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung, die den Unwillen der Arbeiterschaft erregt haben, „vollständig dem Gesetz entsprechen“.

Mittlerweise warnte die Siebenkommission in einer Bekanntmachung die Arbeiter, die Arbeitsordnung zu unterschreiben und berief zum 18. November eine Revierkonferenz nach Essen ein.

In dieser Konferenz kritisierte Reichstagsabgeordneter Schäffle die neue Berggesetzmöglichkeit als unzulänglich und die neue Arbeitsordnung als gesetzwidrig. Auf drei Zeichen seien schon Arbeitsverweigerungen vorgekommen, weil die Pferdekreisler etc. die Verlängerung der Schicht nicht hinnehmen. Auf einer Zeiche habe die Verwaltung nachgegeben. Die Befreiung der Geschwindigkeiten solle durch eine Versammlung zur Beihilfeszulassung vorliegende Eingabe an das Oberbergamt erreicht werden. Man habe untersetzen, sich an den bergbaulichen Verein zu wenden, weil doch nichts erreicht würde. In den erwähnten Eingabe wird das Oberbergamt Dortmund erfaßt, die von den Zeichen eingereichte Arbeitsordnung nicht zu genehmigen, da sie in verschiedenen Punkten gegen das Gesetz verstößt. Die Arbeitsordnung bringt eine ungünstige Verlängerung der Arbeitszeit und mache die Beauftragung des Berggesetzes illogisch, der folge das Mehr bei der Ein- und Auffahrt auf die Arbeitszeit anzurechnen ist. Sie mache ferner einen bisher nicht üblichen Unterschied zwischen Überschicht und Zwischenzeit und beeinträchtige bei dem Nichtzustandekommen des Gedränges den Arbeitsverdienst. Auch entprächen die Bestimmungen über die Wohl und Tätigkeit des Arbeitsausschusses in der Arbeitsordnung nicht den Bestimmungen des Gesetzes, enthielten vielmehr eine Einschränkung der Rechte des Auszuges. Endlich äußert die Eingabe verschiedene Blaue Zeichen bezüglich die Sicherung des Wahlrechtes und Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses, wogegen die Stellvertreter weigerten, und Ausschluß der Werksverwaltung von der Verwaltung der Unterführungsstellen, falls sie keine Beiträge dazu zahle. Zu der Eingabe wurden zwei Nachträge eingereicht. Der erste bezeichnet es als gesetzwidrig, daß die Arbeitsordnung nicht zeitig genug bekanntgegeben wurde, um den Arbeitern zu ermöglichen, von dem Kündigungsrecht vor dem Inkrafttreten der Arbeitsordnung Gebrauch zu machen, der zweite nennt die Bestimmungen über den Schadensersatzanspruch der Arbeiter, die vor Ablauf der Kündigungsfrist entlassen wurden, gezwungen.

Ferner wurde in einer Resolution dagegen Einspruch erhoben, daß die von einer Zeiche abgelegten Bergleute von anderen Zeichen nur gegen Vorzugs eines Überweisungsscheins engenommen werden. Dieses System führt zu einer kändigen Aussperrung missliebiger Bergmannschaften und ermöglicht es den Betriebsverwaltungen, den Kammerabschaffungen des rheinischen Berges aufzuzwingen. Durch dieses Verfahren, das einen Bergbau gegen die guten Sitten und die Gesetzgebung derart, würden die Arbeiter in der Lohnfrage schullos der Zukunft der Grubenbeamten preiszugeben. Die Konferenz schließt sich daher dem von der Siebenkommission an den Reichsstaatler gefundenen Protest an.

Da der Disput wurde durch Delegierte verschiedener Parteien bei sich, daß die Sperrzeit dem letzten Streik entscheide. Sie sei die Hauptursache der Erregung, und ihre Befriedigung sei eine berechtigte Forderung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Siebenkommission wurde beauftragt, für den Fall, daß die Antritt des Oberbergamtes nicht befriedigend ausfällt oder keine Antritt erfolge, kurze vier Wochen eine neue Konferenz einzuberufen.

In Schlesien ist es auf einigen Gruben zum Kaschland gekommen und der neuen Arbeitsordnung haben die armen Bergleute, die bisher weder vom Bergarbeiter-Verband noch von der Sozialdemokratie wissen wollten, in den Streik getreten. Daß alle Teilenehmer sind nicht organisiert. Das erste, was die Behörden in dieser Angelegenheit taten, war natürlich Verstärkung der Gendarmerie. Anschließend lösen dort Ausschreitungen vorgekommen sein. In den Bergarbeiter-Kaschland wendeten die Streikenden sich erst nachträglich und dieser verantworte am 14. November an Kattowitz der Kattowitzer Gewerkschaft eine Versammlung der Streikenden. In dieser wurde eine gewisse unheimliche Menge von Anklagen gegen die Grubenverwaltungen und deren Organe erhoben. Hierauf wurde eine fünfgliedrige Kommission ernannt, die in der Versammlung vorgetragenen Forderungen der Bergleute mit dem Verbandsleiter zu redigieren, zu ergänzen und in einer neuen Versammlung zur Beihilfeszulassung und Abstimmung an die Grubenverwaltung vorzulegen. Aber Reformen verschwendeter Partie der Arbeitsordnung, der Arbeiterausschuss-Bestimmungen und der Unterführungsstellen-Bewilligungsforderungen wurde noch gefordert: 1. 1% Prozent Lohnherabsetzung, 2. 15 Prozent Belebungszulage, so kurz die Dauerung, dauernd 3. Zeitnahe Schicht, einfache Ein- und Ausfahrt. 4. Befreiung des Berges, dennoch zu erreichen. 5. Anständige Verhandlung seitens der Beamten und Oberhäupter. 6. Gute Belegschaftsgröße, 120 Rentner jährlich. 7. Mitglieder der Streiftrommeln dürfen nicht genutzt werden. 8. Bessere Bewaffnung der Grube. 9. Geringende Erweiterung des Lohnholzes bis vor Ort oder wenigstens bis auf der Legen Bramberg. 10. Keines Friedtwalzes, täglich frisch, in der Nähe der Arbeitsstelle. 11. Bezahlung für Verzögerung von Nebenarbeiten, welche die Ablieferbarkeit verjämmt wäre. 12. Monatlicher Wert der Arbeiterschaft.

In einer kurzen Schlusssatz meinte Marz, der Bezirksleiter des Bergarbeiter-Verbandes, für Höhe und Breite während des Streiks zu sorgen, besonders den Altkoal zu meiden, gegenüber der gewöhnlichen Kommission. Dazu zu halten und im Streit zu gehalten.

Die Behörden wünschten natürlich in besonderer obersterischer Weise weiter. Die für den 16. November in Katowitz aufgerufene und überreichliche Sitzung einberufene Versammlung der in Schoppinitz und Pszczew, freilich der Bergarbeiter-Verband, für Höhe und Breite während des Streiks zu sorgen, besonders den Altkoal zu meiden, gegenüber der gewöhnlichen Kommission. Dazu zu halten und im Streit zu gehalten. Die Behörden wünschten natürlich in besonderer obersterischer Weise weiter. Die für den 16. November in Katowitz aufgerufene und überreichliche Sitzung einberufene Versammlung der in Schoppinitz und Pszczew, freilich der Bergarbeiter-Verband, für Höhe und Breite während des Streiks zu sorgen, besonders den Altkoal zu meiden, gegenüber der gewöhnlichen Kommission. Dazu zu halten und im Streit zu gehalten.

In einer kurzen Schlusssatz meinte Marz, der Bezirksleiter des Bergarbeiter-Verbandes, für Höhe und Breite während des Streiks zu sorgen, besonders den Altkoal zu meiden, gegenüber der gewöhnlichen Kommission. Dazu zu halten und im Streit zu gehalten. Die Behörden wünschten natürlich in besonderer obersterischer Weise weiter. Die für den 16. November in Katowitz aufgerufene und überreichliche Sitzung einberufene Versammlung der in Schoppinitz und Pszczew, freilich der Bergarbeiter-Verband, für Höhe und Breite während des Streiks zu sorgen, besonders den Altkoal zu meiden, gegenüber der gewöhnlichen Kommission. Dazu zu halten und im Streit zu gehalten.

Er fürchtete, daß der nur noch vegetierende „christliche Verband der gegenwärtigen Hilfe“ bei dieser Gelegenheit gänzlich unter die Füder kommen könnte. Diese Heilsreiterei hat denn auch wohl mit dazu beigetragen, daß die Bewegung schon wieder abschaut.

Auch in Sachsen haben sich die Bergleute gerüstet. Ein Zwischenbericht, Augsburger und Olmützer Revier sind 18000 bis 18000 Mann in eine Bergbewegung eingetreten.

250 000.

Unsere Mittteilung in Nr. 46, daß die Metallarbeiter-Zeitung in einer Höhe von 250000 Exemplaren erscheint (gegenwärtig sind es schon mehr), hat bei dem größten Teil der politischen Arbeitersprese einen freudigen Empfang gefunden. Auch ein Teil der Gewerkschaftspresse hat — soweit sich dazu äußern konnte — ihre Freude über dies in der Arbeitersbewegung bedeutsame Ereignis verbreitet. Die Notiz, die unser österreichisches Bruderorgan darüber bringt, ist jedoch derartig, daß es Mißverständnis erregen würde, wenn wir sie ohne jede Bemerkung hingehen lassen wollten. Der Österreichische Metallarbeiter schreibt in seiner Nr. 47:

„Die Nummer 46 der Metallarbeiter-Zeitung wurde in einer Auflage von mehr als 250000 Exemplaren hergestellt. Ein erfreuliches Zeichen des ununterbrochenen Wachstums der deutschen Bergarbeiterorganisation, die erstmals neuerdings durch die Aufnahme des Bergarbeiter-Verbandes ihr Tätigkeitsgebiet wieder erheblich ausgedehnt hat. Der Bergarbeiter-Verband hat unter den üblichen Bedingungen, welche den Bergarbeiter-Verband und andere Branchenorganisationen des Industrieverbandes zuführten, vor circa sechs Wochen sich dem Metallarbeiter-Verband angeschlossen. Wenn dieser Zusammenschluß für den Metallarbeiter-Verband auch keinen großen Mitgliederzuwachs zur Folge hat, so trägt er doch zur Festigung des Verbandes bei, unangenehme Grenzirrigkeiten, die sich besonders zwischen dem Bergarbeiter-Verband und dem Metallarbeiter-Verband entwickeln, hören auf und auf dem Wege zur Einigung der organisierten Metallarbeiter ist ein weiterer Schritt geschehen, dessen moralische Wirkung nicht zu unterschätzen ist. Jetzt stehen nur noch der Schmiede-Verband und der Verband der Kupferarbeiter außerhalb des Industrieverbands. Der Schmiede-Verband, wie wir hoffen, nicht mehr lange, denn jede Generalversammlung hatte sich bis jetzt schon mit der Verschmelzung zu beschäftigen, die Verschmelzung scheint nur noch eine Frage kurzer Zeit zu sein. Auch so ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband die größte Gewerkschaft der Welt. Die Befürchtungen, die Beitragszehrung der letzten Generalversammlungen würden einen Rückschlag für den Verband zur Folge haben, waren unbegründet, nur verlangsamt hat sich das Wachstum der Organisation. Der Verband hat nunmehr seine Unterstützungsvereinigungen so ausgebaut, daß auf diesen Gebieten wenig zu tun mehr übrig bleibt. Es ist die Hoffnung der Metallarbeiter-Zeitung, bald 300000 Mitglieder verzeichnen zu können, nicht unbegründet; vielleicht wird dieses Ziel schon im Jahre 1906 erreicht.“

Der Verfasser dieser Notiz hat sich sicher nicht argues dabei gedacht, als er den durch Überdruck hervorgerufenen Satz niederschrieb. Um aber jedes Mißverständnis und jede Missdeutung zu vermeiden, wollen wir nicht unterschweifen, hervorzuheben, daß wir es für das Beste halten, ruhig abzuwarten, wie die Sache sich weiter entwickeln wird und alles zu verhindern, was nach irgend einem Eingreifen in der einen oder andern Richtung aussehen könnte.

Der blaße Neid

spricht aus folgender Notiz des Evangelischen Arbeiterblattes: Die Metallarbeiter-Zeitung, das Organ des „freien“ Metallarbeiter-Verbandes gibt bekannt, daß sie jetzt in einer Auflage von einer vierten Million (250000) Exemplaren erscheint. — Wir wundern uns darüber nicht mehr, seit wir gelegentlich der Auflösung des Bergarbeiter-Verbandes vor wenigen Wochen gesehen haben, wie dieser freie Verband Mitglieder „wirbt“.

Wir würden dieses Auge-Arbeiterblatt gar nicht weiter beachten, wenn es nicht als Beispiel dafür gelten könnte, daß die größte Gewerkschaft eine Zeitung nicht davor schükt, ihre Leser auf unverhältnismäßige Anzahlungen zu verzögern. Dabei kann hier nicht einmal die Ausrede gelten, daß es nicht besser gewußt hätte, denn in den Nummern 44 und 45 sind die Döllerischen „Gathüllungen“ gründlich auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden. Das hindert dies von Frömmigkeit triefende Blättchen aber nicht, unten liegt weiterzulügen.

Preiserhöhung und — Lohnkürzung.

Die Elberfelder Freie Presse veröffentlicht folgendes Schreiben: Velbert, den 7. November 1905.

P. P.

Infolge der andauernd steigenden Preise der Rohmaterialien, sowie der gesiegneten Arbeitsschönheit schen wir uns gezwungen, vorläufig unsere bisherigen Verkaufspreise vom heutigen Tage an um um 5 Prozent zu erhöhen, wonach Sie gefällig vormerken nehmen wollen. Die Preise der Schloßsorten, welche unter Konvention stehen, bleiben vorläufig dieselben.

Hochachtend!

Die vereinig

gar nicht genug in Wort und Schrift aller Welt bekannt geben, was doch die lieben Zentrumsgewerkschaften für radikale Organisationen seien. Radikal in Wörtern sind sie, das stimmt, aber ihre Taten stehen anders aus. Der Geheimrat Kirdorf muss jetzt als Kronzeuge aufmarschieren, um zu bezeugen, daß die „Kreisler“ weit gefährlicher wie die Freien sind. Ob sie den Unruhen selbst glauben, bezweifeln wir. Denn der Ausdruck Kirdorf galt nur den bürgerlichen Parteien, besonders dem Zentrum, ihre Lieblinge zu warnen, nicht mit den freien Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Das die Warnung bereits gezogen hat, sehen wir in der Streitbrecherei sowie in den „christlichen“ Gewerkschaften. Um den „christlich-radikalen“ Schaumschlägen für die Zukunft ein Pechschlag zu den losen Mund zu stecken, mögen sie sich folgendes merken und darüber nachdenken. Die Arbeitgeber-Zeitung, ein Organ, das die Arbeiter, die ihre menschlichen Rechte fordern, am liebsten maschieren möchte, schreibt folgendes: „Im allgemeinen hält man die Rücksichtslosigkeit der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet für einen Ausdruck ihrer religiösen Verstülpung. Die Schaffung der Organisation aus christlicher Grundlage ist unverzichtbar eine Tat von der größten Tragweite, ein hoch anzufliegendes Gegenmittel gegen die unglaublichen, offen religiösen Verstülpungen der Sozialdemokratie, und sie verdient von diesem Gesichtspunkte aus die wünschbare Sympathie und Unterstützung eines jeden wahrhaftigen Patrioten, eines jeden edel denkenden Bürgers.“ Dieses Zeugnis des gemeinsten Ausdeuter-organis. zeigt uns die lieben Kinder der Unternehmer. Siejes selbst Organ wird sich wohlweislich hütten, den Unternehmern zu raten, sich in religiösen Verbänden zu organisieren. Aber die Arbeiter hält man gerade für dummi genug, daß sie ihre Arbeitskräfte zerplätzen, damit die Ausbeutung bessere Früchte tragen.

Vom Husland.

Österreich.

Der Tarif der Buchdrucker läuft mit Ende des Jahres ab. Die Verhandlungen scheinen zu seinem Resultat zu führen, da der Starthin der Unternehmer den Gehälten keine annehmbaren Zugeständnisse eintäumen will. Sie wollen das Lohnminimum um eine Krone erhöhen, verlangen aber als Gegenleistung eine Tarifperiode von acht Jahren. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Frankreich.

Die sechste Generalversammlung des Verbandes der Formier (Fédération des Mouleurs) tagte vom 31. Oktober bis zum 3. November zu Bordeaux. Vertreten waren 62 französische Syndikate durch 42 Delegierte. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 70000, die sich auf 85 Syndikate verteilen. Der und vorliegende Bericht in der Voix du Peuple zeigt, daß dieser Verband noch recht sehr an den Mängeln leidet, die dem ganzen französischen Gewerkschaftswesen noch erhaben. Die Einsichtnahme an Beiträgen beginnt vom 1. Januar 1899 bis zum 31. Juli 1903, also in jenen Jahren und sieben Monaten, ganze 530000 Fr., die Gesamt einsichtnahme war 191783 Fr. Um Streitunterstützung wurden während dieser Zeit 120481 Fr. ausgezahlt. Angesichts dieser grobartigen Zahlen heißt es im Bericht: „Der Kongress weiß die Wichtigkeit dieser Resultate zu würdigen und spricht sich einstimmig für das Prinzip der Streitunterstützung aus, indem die folgenden Anordnungen getroffen werden, um zu verhindern, daß diese Unterstützungen der sonstigen Tätigkeit des Verbandes zum Nachteil gereichen.“ Diese Anordnungen bestehen darin, daß die Kasse des Verbandes geleistet wurde. Ein Teil soll für Agitation, Verbandsorgan und Verwaltung verwendet werden, der andere Teil für Streitunterstützung.

Um eine größere Einigkeitlichkeit in den Statuten der Syndikate zu erzielen, wurden von dem Kongress einige Anweisungen gegeben. Im betreff des Achtstundentags, der bekanntlich am 1. Mai 1903 durch „direkte Aktion“ eingeführt werden soll, wurde nach langer Debatte folgende Resolution angenommen:

Der Kongress befand seine ersten Willen, die Agitation zugunsten des Achtstundentags entsprechend dem Beschlus des Kongresses zu Bourges fortzuführen. Er drückt der Allgemeinen Fédération du Travail, Landeszentrale der Gewerkschaften seine lebhafte Genehmigung und seine vollständige Solidarität aus und verfüchtet sie, daß so mutig bezonnene Unternehmen fortzuführen ungetreut der grundlosen Hindernisse, die ihr durch die Regierung und die Präfekten bereitet werden, und die nur zur Folge haben, dem Proletariat die Wichtigkeit dieser Forderung und den Haß, den sie hervorruft und entfesselt, zu beweisen.“ (Der „Radikalismus“ der französischen Kollegen hört sich sehr ähnlich an, gerade wie anderswo. Wir wollen wünschen, daß die Ausführung ihrer Beschlüsse ebenso gut gelingen möge wie ihre Fassung.)

In weiteren Resolutionen wurde die Gleichstellung der Maschinenarbeiter und der Handarbeiter gefordert; ferner wurden die Resolutionen für schwere Kongresse bestätigt, die die Abtretung der Arbeitsschwerpunkt fordern. Der Kartellvertrag, den der Verband mit dem französischen Metallarbeiter-Verband abgeschlossen hatte, wurde unter lebhafter Zustimmung gutgezeigert. Charakteristisch für den Stil, der unter den französischen Formier noch herrscht, war ein Antrag, den Monatsbeitrag der Syndikate an die Föderation von 40 Centimes pro Mitglied auf 15 Centimes heraufzusetzen. Allerdings wurde dieser Antrag gegen eine Stimme bei drei Stimmabstimmungen abgelehnt.

Der Aussstand der Arsenalarbeiter erscheint als eine Folge der antimilitaristischen Verschwörungen der französischen Gewerkschaften. Diese Verschwörungen sind hervorgerufen durch die verdeckte Präzess der Regierung, bei jedem größeren Aussatz sofort Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ins Ausland gesetzt zu senden. Diese Veranlassung ist aber nicht die einzige. Seit 10 Jahren verlangen die Arsenalarbeiter Lohnanhebung. Die Regierung und der Senat setzten sich jedoch diesen Forderungen entgegen. In diesem Jahre gelang es aber, eine wesentliche Erhöhung der Kredite durchzuführen. Diese wurde von dem Marineminister übernommen, aber nicht verwandelt, um die Löhne anzuhoben, sondern die benötigten Gelder sollten zur Verleihung von Prämien dienen. Ein Teil der Prämien sollte durch die Borgegessen an „verdiente“ Arbeiter verliehen werden, einen andern Teil sollten die Arbeiter selbst in geheimer Abstimmung den „stolzesten“ Arbeitern zuerteilen. Die Arbeiter durchschauten aber die Fälschungen, die mit der Erfüllung dieses Systems verfolgt wurden und drohten mit dem Streikstreik. Sollte diese Forderungen nicht durchzuführen werden, so gäbe dieser entschlossene Haltung bald den Planer nach. Am Anfang aber wurde die alte Parole fortgesetzt, denn als in Groß-Kiel und in Bremen 2000 Arbeiter besetzten hatten, um 15. November die Arbeit niedergelassen, rief der Marineminister sich e-rr mit dem Kriegsminister Etienne in Verbindung, der dann auch gleich Infanterieregiment, Kolonialinfanterie und Artillerie zur Verstärkung stellte, um die Arsenale in Toulon, Cherbourg, Brest, Brest und Port-Louis zu besetzen. Ferner lief der Planer den Seeoffiziere und den Offizieren der Marineverbündeten telegraphisch eine Anordnung mit der Weisung zugehen, sie in allen Arsenalen einzuladen zu lassen. Da die Erklärung wird aufgezählt, was „die Republik für die Arbeiter getan habe“ durch Errichtung des Volksstaates, Herausforderung der Arbeitszeit, Gewährung der Freiheit der Meinung und des Worts, arbeitschutz der Arbeiter u. s. w. Dann steht es weiter, „dennals“ der wurde die Regierung Befehlungen der Eisernen und der Wehrmacht, das tatsächlich einer Faschismus war, nie gehabt haben, daher würden alle Ausstände aus alter Zeit, die getrieben werden. Die Erklärung schließt mit einem Appell an die „Familie“ und den „Patriotismus“ der Arbeiter.

Es kam aber dennoch zum Beschluß, allerdings nicht in dem Maße, wie man es erwartet hätte. In Brest waren von 300 Arsenalarbeitern nur 150 nicht zur Arbeit erschienen. Die größte Zahl von Streikenden wies nach Toulon auf, wo von 1500 Arbeitern 800 die Arbeit erschienen. Bei genau 1000 waren 200 Personen der Arsenalarbeiter nicht in den Dienst getreten. Die Arbeiter der Marineschule schlossen sich auf Verhängung der Disziplinierung vom Beschluß nicht an, weil die Beamten nicht darunter widerstehen könnten.

Am 15. November hatte Marineminister Thomson eine Versprechung mit den Vertretern der Gemeindebehörden und des Marinearbeiter-Verbandes. Der Minister erklärte, daß er bereit sei, mit Abordnungen der Arbeiter aus den verschiedenen Arsenalen in Verbindung zu treten. Darauf hin wurde den Arbeitern empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieser Rat wurde zunächst aber nur in Cherbourg befolgt. In den anderen Orten erfolgte die Ausnahme der Arbeit erst einen oder zwei Tage später.

Am 20. November stand in Paris eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Arsenalarbeiter statt. Anwesend waren 17 Delegierte. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Ursachen der letzten Ereignisse. 2. Die allgemeinen Forderungen der Marinearbeiter.

Wie es scheint, ist die Organisation der Arsenalarbeiter aus diesem Staatsfeind wesentlich gestärkt hervorgegangen. Das ist das beste Resultat, das unter den obwaltenden Umständen erzielt werden konnte. Mögen die französischen Kollegen beherzigen, daß ohne Organisation keine Erfolge zu erwarten sind. Hoffentlich ziehen die deutschen Kollegen in den Reichs- und Staatsbeamten auch eine gute Lehre daraus. Auch unter den französischen Kollegen wird mancher sein, der bisher in dem Wahne lebt, er habe eine „sichere Bruststelle“ und nunmehr ganz unsanft aus dieser Illusion aufgeweckt worden ist.

England.

Die Gewerkschaft der Zimmerer schlägt vor, die Trades Unionskongresse, die schon seit vielen Jahren alle Bedeutung verloren haben, aufzugeben und die gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einheitlich durch das Labor Representation Committee (Komitee für Arbeitervertreterung) wahrnehmen zu lassen. Vor dem nächsten Gewerkschaftskongress in Liverpool soll allen Delegierten die Frage vorgelegt werden, wie sie zu einer Belebung dieser überflüssigen Zusammenkünfte stehen, und wenn sich eine genügend große Zahl Stimmen dafür findet, ein dahingehender Antrag auf dem Kongress eingebracht werden.

Literarisches.

Arbeit und Kultur. Eine Kombination naturwissenschaftlicher, antropologischer, kulturgeschichtlicher, volkswirtschaftlicher und sozial-politischer Studien von Karl Froehne, 84 Seiten. Verlag Zentral-Verband der Maurer Deutschlands (Th. Bömelburg), Hamburg. Wir empfehlen das Werk allen Verbandsbibliotheken zur Aufsichtnahme.

Bon der Neuen Gesellschaft. **Sozialistische Wocheblatt.** Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Werket Jahr 120 Pf. Preise werden auf Verlangen kostenlos geliefert. In soeben das 34. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen; Die neue Flottenvorlage. — Die Weber. — Poleu. — Bruderschaft. — Karl Leuchner: Ein Kampf mit Leben. — Kurt Eisner: Zur Literatur-Psychologie. — Albert Thomas: Der Parteitag in Chalon-sur-Saône. — Graf Schur: Japanische Kunst. — Bücherbesprechung.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde sozialistischer, herausgegeben von Dr. A. Südekum. Über die sehr aktuelle Frage der legalen Vertretung der Gemeindearbeiter handelt in einem Aufsatz, betitelt „Arbeiterauschlässe in Gemeindebetrieben“, der Genossen Heine Schäfer-Köhn in der neuesten Nummer der kommunalen Praxis. Was er darin über die Versuche der bürgerlichen Stadtvertretungen sagt, die Arbeiter durch Zerplätzung machtlos zu machen, trifft wohl so ziemlich fast alle Orte zu. Probemnummern der inhaltreichen Zeitschrift, die in der Gemeinderwahl-agitation die besten Dienste leistet, kann man kostenlos vom Verlag der kommunalen Praxis, Berlin W. 15, beziehen.

Andreas Märchen und Geschichten. (Ausgewählt vom Hamburger Jugendschriftenausschuß für Kinder vom 13. Jahre an und für Erwachsene. Bilder und Buchdruck von Ernst Gilmer. Herausgegeben vom Verein für Kunstsiege, Hamburg.)

Unter Hamburger Parteiorgan, das Hamburger Echo, äußert sich am 13. Dezember vorigen Jahres darüber wie folgt:

„Das Buch ist ein hochbedeutungsreiches Ereignis; ein Zeichen der Zeit. Denn durch den Idealismus und die Opferwilligkeit von Arbeitern ist sein Erscheinen möglich geworden. Wohl haben Arbeiter direkt diese Eigenschaften schon manches Werk ins Leben gerufen. Aber die künstlerische Erziehung der Jugend und des Volkes haben sie in dieser Weise wohl noch nicht praktisch gefördert.

Eine Auswahl aus Anderens Märchen in vorzühner Ausfertigung, das ist schon an und für sich ein Buch, das die Aufmerksamkeit aller auf sich lenkt wird, die es kannt haben, doch es für die Entwicklung ihrer Kinder von großer Wichtigkeit ist, genau zu prüfen, was ihnen zum Lesen gereicht wird. Ist doch Anderen der Dichter, der es am besten verstanden hat, seine kinderfreudigen, oft in das Gewand des feinulus Humors oder der Ironie gekleideten Beobachtungen über Menschen mit der märchenhaften Handlung zu verschleißen. Aber unter seinen Märchen viele sind, die Kinder noch nicht verlieben, ist eine ergänzende, von Erzähler gewünschte Auswahl bei ihm durchaus nötig. Denn solche Märchen können leicht ein Kind zu der Meinung verleiten, Anderen sei langweilig. Und nicht immer findet es dann den Weg zu Anderen zurück. Es ist aber zu wünschen, daß recht viele aus seinen Märchen Freunde finden. Als seiner Künstlerität braucht sich dabei niemand zu kümmern. Von seinem Dichterwerk verliest Anderen dadurch sein Liedchen. Wo dieses Gefühl so echt und tief ist, da werden wir es alle achten.“

Zu der vorliegenden Auswahl hat ein Hamburger Maler, Ernst Staeber, 19 ganzseitige Bilder. 24 Aufnahmen — Bildchen in den Anfangsbüchlein — eine Zeichnung und ein Deckelbild geschaffen. Die Arbeit des Künstlers zeigt von tiefern Eindrücken in den Bildern der Märchen, von reicher Phantasie und von großer kindlicher Gestaltungskraft. Mit sicherer Hand hat er die wichtigsten Stellen der Handlung oder Gegenstände und Ortschaften, die im Mittelpunkt des Gedankens stehen, herausgezeichnet.

Was sonst in den Band durchaus nach den heutigen Anforderungen an ein gutes Buch angepasst. Es ist in Klapp gebunden; es und vorne eine Schraubverschlüsse verbindet; das Papier darf nicht gelb werden. Die Anordnung des Titelblattes ist von dem Künstler getroffen.

Andreas Märchen und Geschichten sind in Deutschland in den letzten Jahren in großer Zahl erschienen. Was diesem eine bedeutende Bedeutung gibt, das ist seine Erziehung, das Ziel, das der Verein hier damit gesetzt hat, und der dazu in Verbindung stehende niedrige Preis.

Für die Eltern zu einigen Bildern senden im Verein freudige Gattungsmalung, und man faßt den Plan, die Auswahl aus Anderens Märchen dieses Künstlers herauszugeben. Sollte aber das Buch den Zielen des Vereins dienen, füllt es von Arbeitern zu kaufen, so wird eine Auflage von 15000 Exemplaren gefordert werden, wozu eine große Summe gehöre. Über den Verein, aus etwa 2000 Mitgliedern bestehend, brachte die nötige Summe aus den Kreisen seiner Mitglieder zusammen. Auf einen Betrag aus diesen Vereinnehmen verzichtete er. So ist es möglich geworden, das Buch für 120 Pf. anzubieten. Der Verein hat darauf von Zeit zu Zeit, in dem verschiedene große Verleger nicht den Platz fanden. Er hat darin einen bemerkenswerten Auftrag gegeben, der ihn in einer Entwicklung gefördert hat, und vielen, die jetzt wegen des Preises davon verzögert waren, die Entwicklung eines wertvollen kindlichen ausgedachten Buches möglich gemacht, eines Buches, das nicht den Wert eines Liederbuchs aufweist, wenn es auf die gewöhnliche Weise verkauft wird und durch den Buchhandel vertrieben werden sollte, doch auf 120 Pf. fallen würde. Der Verein hat deshalb auch auf den Verleger nicht den Platz fanden. Er hat darin einen bemerkenswerten Auftrag gegeben, der ihn in einer Entwicklung gefördert hat, und vielen, die jetzt wegen des Preises davon verzögert waren, die Entwicklung eines wertvollen kindlichen ausgedachten Buches möglich gemacht, eines Buches,

Der genannte Verein sucht zur Erleichterung des Vertriebs Niederlagen in allen größeren Orten zu erreichen. Wer um der Weise willen für die Verbreitung des Buches tätig sein möchte (ein Gemüse ist ebenso wie jedes Blatt ausgeschlossen), wird gebeten, sich an folgende Adresse zu wenden: Herrn A. Cook, Hamburg 18, Seestraße 9.

Zur Notiz.

Da von jetzt ab der Zeitungsvorstand Dienstag früh beginnt, müssen die Zeitungsbestellungen bis spätestens

Montag Mittag

in unseren Händen sein. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Expedition.

Verbands-Blätter

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Freitag, 1. Dezember:

Gießen. Gewerkschaftshaus, halb 9.

Samstag, 2. Dezember:

Wittlich. Apostel, 8 Uhr.

Augsburg. Goldener Hirsch, halb 9.

Bernburg. Steinstr. 2—3, 8 Uhr.

Münden. Deutsches Haus, halb 9.

Gießen. Schützenhaus, 9 Uhr.

Freitag, 8. Dezember:

Waggon. Post, 8 Uhr.

Glauchau. S. Weißes Ross, halb 9.

Neuwahl der Kreisverwaltung.

Abend. Hirsch, halb 9 Uhr.

Edenburg. Volksgarten, 8 Uhr.

Wiesbaden. Kleiner Reitweg, halb 9.

Wiesbaden-Dohrheim. Konz., 9 Uhr.

Wiesbaden. Kämpf. Schützenstr., halb 9.

Wiesbaden. Schützenhaus, halb 9.

Sonntag, 10. Dezember:

Albrechts. Hirsch.

Edenburg. Hammelsleiter, vorw. halb 10.

Darmstadt. Hammelsleiter, 9 Uhr.

Wiesbaden. Hammelsleiter, 9 Uhr.

Eden. Wiedenbrück, 9 Uhr.

Echt blaue Körper-Anzüge
braune Mech.-Kittel
Katalog und Proben gratis.
Berufskleiderfabr. D. Wurzel & So.
BERLIN, Brückenstr. 13.

Nach jedem Bild fertige eine photographische Vergrößerung in Briefbild [500]

Lebens-
größte 46/66 cm für 3 Mk. Porto,
Verpackung 50 Pf. Abreißkett. Postkarte
garantiert. Bild unbedingt zurück
lieferbar 8 Tage. Viele Danachreihen.
Franz Fischer, Kunstmaler,
Berlin SO., Wilhelmstraße 39 III.

große 46/66 cm für 3 Mk. Porto,
Verpackung 50 Pf. Abreißkett. Postkarte
garantiert. Bild unbedingt zurück
lieferbar 8 Tage. Viele Danachreihen.

Franz Fischer, Kunstmaler,
Berlin SO., Wilhelmstraße 39 III.

Zu beziehen **Const. Haas, Köln a. Rh.** [500]

durch **Elshow-** str. 19.

und franko ver-
senden wir unsern
Pracht-Katalog
über prima Uhren
jeder Art, reizende
Ringe, hoch-
moderne Ketten,
Gold- u. Silber-
waren, Uhren- u.
Reiseuhren,
Musikwerke,
Phonographen,
Photographische
Apparate
ohne Kaufzwang.

Gute Nickeluhren
Vorläufige Uhren
Echt silberne Uhren
Echt goldene Damenuhren
Weckeruhren, genau weck
Reputations, gut gehandt
Phonographen, laut spielt
Echt goldene Ringe
Echt silberne Broschen
Alle Artikel bis zur feinsten Qualität
Schlechte Waren führen wir nicht
Umlaufs gestaltet oder Geld zurück
Deutsche Uhren-Industrie
Berlin D. 43.

Anerkannt beste Bezugsquelle für Uhr-
macher u. Händler.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht irrführen durch gleichnamige Angebote,
sondern bestellen Sie sofort bei

Gustav Scholz, Musikwerke, Neuenrade No. 2 i. W.

Postkarte brauchen Sie zu schreiben
und Sie erhalten

**3chörige Konzert-
Zug-Harmonika**

12 Monate zur Probe.

Ein Instrument mit hochfein pol. Ge-
häuse und eleg. Verzierungen, mit 3
echten Register, für nur

5 Mark

wunder Nachn., wirklich 3chörig mit
10 Tasten, 70 org.-ähnlich klingend.
Tönen u. 2 Contrabass begleitenden
Stimmen, Doppelalg mit Ecken-
schnörn, offener mit Nickelstab um-
legter Clavatur, 2 Zuhalter, Grösse
ca. 35 cm.

Dasselbe Instrument 2chörig mit
5 hochfeinen und 2 Bass begleitenden Stimmen nur 4½ Mark.
4chörig mit 90 Prima und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, nur 7 Mark.
6chörig mit 130 Al. klingend, 2
2 reibig, 19 Tasten, 4 Bassen, elegantes Instrument 11
2 reibig, 21 Tasten, 4 Bassen, Orgelmusik 9½
Porto 80 Pf. Verpackung und Selbstlernschule gratis.

Hochfeine Columbia-Gitarre-Zither
mit 5 Accorden, 41 Saiten, ca. 50 cm lang von jedem sofort ohne
Kenntnisse zu spielen, mit sünd. Zubehör nur 7 Mark.
Konkurrenzlos — Verlangen Sie Katalog sofort gratis und franko.
Lassen Sie sich nicht